

## **Gespräch mit Jerzy BUZEK, Präsident des Europäischen Parlaments**

### **1. Welches sind - nachdem das Europäische Parlament seine Arbeit wieder aufgenommen hat - Ihrer Auffassung nach die wichtigsten Vorhaben und die Prioritäten der Wahlperiode 2009-2014? Welches sind die kurz- und mittelfristigen Herausforderungen?**

Unsere erste Priorität besteht darin, Hilfestellung bei der Bewältigung der weltweiten Finanzkrise zu leisten. Obwohl sich die Weltwirtschaft zu stabilisieren scheint und wir gute makrofinanzielle Indikatoren sowohl aus der Eurozone als auch aus den Vereinigten Staaten bekommen, dürfen wir nicht selbstzufrieden sein. Wir müssen unsere Reformen fortsetzen, damit der Aufschwung nachhaltig ist.

Die schwedische Präsidentschaft hat es sich zu einer ihrer Prioritäten gemacht, den Bürgern wieder zu einem Arbeitsplatz zu verhelfen. Dies ist eine Priorität unseres Parlaments. Wir müssen prüfen, wie wir mehr in Humankapital, Innovation und neue Technologien investieren können. Ich glaube, dass uns der Haushaltsplan der Union dabei helfen kann.

Wir müssen mit der Umsetzung des Vertrags von Lissabon beginnen, sobald er in Kraft tritt.

Der Binnenmarkt ist unsere große Errungenschaft, und wir müssen ihn nicht nur erhalten, sondern auch ausweiten, um Europa weiterhin zu einem offenen und wettbewerbsfähigen Kontinent zu machen.

Wir müssen uns darauf konzentrieren, im Vorfeld der Konferenz der Vereinten Nationen zum Klimawandel, die im Dezember in Kopenhagen stattfinden wird, zu einer gemeinsamen europäischen Position zu gelangen. Das Parlament wird sich sehr aktiv an der Debatte beteiligen.

Wir müssen ebenfalls damit beginnen, über unsere gemeinsame Energiepolitik nachzudenken, damit wir unsere Sicherheit gewährleisten können. Dies sind einige der wichtigen Themen, mit denen sich das Plenum in den kommenden Monaten beschäftigen wird.

### **2. Sie haben Ihr Amt in einem für die institutionelle Entwicklung der Union entscheidenden Augenblick angetreten. Welche Rolle könnte das Europäische Parlament in der neuen institutionellen Struktur übernehmen, wenn der Vertrag von Lissabon in Kraft tritt?**

Mit dem Vertrag von Lissabon wird das Parlament zu einem wirklichen Mitgesetzgeber zusammen mit dem Ministerrat. Unser Recht der Mitentscheidung wird auf Bereiche wie Landwirtschaft, Fischerei, Außenhandel sowie Justiz und Inneres ausgeweitet. Wir verfügen ebenfalls über sehr viel weitreichendere Zuständigkeiten, was den Haushaltsplan der Union betrifft; denn erstmals erhalten wir gleichberechtigte Befugnisse bei den Agrarausgaben.

Dies ist meiner Ansicht nach eine sehr positive Entwicklung, da ein besseres Kontrollsystem geschaffen wird und die Bürger Europas eine sehr viel stärkere Stimme erhalten werden. Wir verfügen jetzt über die Instrumente, um bei der Vergabe von Mitteln für Initiativen, die wir unterstützen, flexibler vorgehen zu können.

**3. In der Geschichte des europäischen Aufbauwerks haben die Institutionen der Gemeinschaft sowohl aus den Legislativtexten als auch aus der Persönlichkeit und der Entschlossenheit ihrer führenden Vertreter großen Nutzen gezogen. In welche Richtung wollen Sie als Präsident des Europäischen Parlaments die Rolle dieses Organs weiterentwickeln?**

Das Parlament ist das einzige Organ, dessen Mitglieder alle fünf Jahre direkt gewählt werden; dies verleiht uns im institutionellen Rahmen eine einzigartige Legitimität.

Wir müssen unsere Beziehungen zu den übrigen Organen der EU, insbesondere der Kommission und dem Ministerrat, verbessern, um die Rechenschaftspflicht zu verstärken und eine bessere Rechtsetzung zu fördern.

Ich habe bereits einige Schritte in dieser Richtung unternommen. Ich habe den Präsidenten der Kommission eingeladen, sich während jeder Plenartagung eine Stunde lang den Fragen der Parlamentarier zu stellen und Antworten zu geben. Ich habe außerdem die Vorsitzenden der 20 Ausschüsse des Parlaments aufgefordert, eine systematische Bestandsaufnahme ausstehender Legislativvorschläge vorzunehmen, damit mit den designierten Kommissionsmitgliedern in den Anhörungen, die ihrer Bestätigung dienen, eine ernsthafte Debatte über die künftige Politik geführt werden kann. Ich glaube, dass dies dabei helfen wird, die parlamentarische Kontrolle der Kommission zu verstärken und die Rechenschaftspflicht der Exekutive gegenüber dem Parlament zu erhöhen.

**4. Ihr Mandat müsste ungeachtet des Buchstabens der Verträge normalerweise 2012 auslaufen, damit gemäß der Vereinbarung zwischen den beiden größten Fraktionen im Europäischen Parlament einer Ihrer sozialdemokratischen Kollegen Ihren Platz einnehmen kann. Was halten sie von dieser Praxis und dem ihr zugrundeliegenden Bemühen um Konsens? Sind Sie der Ansicht, dass eine solche Praxis mit der bei den letzten Europawahlen zutage getretenen Notwendigkeit vereinbar ist, den europäischen Bürger näher an die Gemeinschaftsorgane heranzuführen und ihm ihre Funktionsweise verständlicher zu machen?**

Bei Ihrer Frage gehen Sie von der falschen Prämisse aus. Der Präsident des Europäischen Parlaments bekleidet sein Amt 30 Monate lang. Anschließend findet eine neue Wahl für das Amt statt. Obwohl die EVP die Wahlen gewonnen hat und die größte Partei ist, verfügt sie nicht über eine absolute Mehrheit im Parlament. Keine Fraktion hat jemals eine solche Mehrheit erzielt. Es gilt die Regel der Mehrzahl und nicht der Mehrheit. Dies spiegelt die Standpunkte der europäischen Bürger wieder, und ich halte dies für vorteilhaft, da die Rechte der Minderheit immer geachtet werden. In einem Europa mit 500 Millionen Bürgern, die aus verschiedenen Regionen kommen, wird es immer eine Reihe von Gegenströmungen geben, sodass die einfache politische Unterteilung in links und rechts bei uns als solche keine Anwendung findet. In diesem Parlament bemühen wir uns um einen Konsens, wo immer dies möglich ist, und versuchen, eine breite Mehrheit aufzubauen, um allen Bürgern Europas nutzen zu können.

Ich bin jedoch entschlossen, mich stärker gegenüber der europäischen Öffentlichkeit zu engagieren, damit wir allmählich einen wahren europäischen Demos aufbauen. Meiner Ansicht nach muss dieses Parlament so transparent wie möglich sein, damit die Menschen wissen, wie ihre Gesetze erörtert, geändert und verabschiedet werden. Einer meiner Vorschläge geht dahin, dem Satellitenfernsehen und dem Web-TV Zugang zu den Sitzungen unserer Ausschüsse und Delegationen zu verschaffen und sie noch stärker für die Kontrolle durch die Bürger zu öffnen.

**5. Die Europawahlen im Juni fanden auf der Grundlage des Vertrags von Nizza statt, doch ein Teil der der Wahlperiode 2009-2014 könnte nach den**

**Vorschriften des Vertrags von Lissabon gestaltet werden. Aus diesem Grund gibt es starke Tendenzen in der öffentlichen Meinung, die eine Benennung des künftigen Präsidenten der Kommission nach den im Vertrag von Lissabon vorgesehenen Modalitäten fordert. Welche Ansicht vertreten Sie in diesem Punkt?**

Wir haben den Beschluss gefasst, eine Abstimmung abzuhalten, um den nächsten Präsidenten der Kommission in der Plenartagung im September zu wählen. All dies wird auf der Grundlage des Vertrags von Nizza erfolgen.

Ich bin ein entschiedener Befürworter des Vertrags von Lissabon gewesen, weil ich glaube, dass es sich um den besten Vertrag für ein Europa mit 27 Ländern handelt. Wir müssen jedoch die Entscheidung der irischen Bevölkerung sowie den Willen der Präsidenten Polens und der Tschechischen Republik achten. Bis dahin werden wir den gegenwärtig geltenden Vertrag anwenden. Dies bedeutet, dass die nächste Kommission auf der Grundlage des Vertrags von Nizza ernannt werden muss.

Nach der Ratifizierung des Vertrags von Lissabon müssen wir uns erneut mit dem institutionellen Thema der neuen Kommission befassen.

**6. Ungeachtet der massiven Unterstützung des polnischen Parlaments für die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon möchte sich der polnische Staatspräsident Lech Kaczynski seinen Beschluss über die Ratifizierung des Vertrags so lange vorbehalten, bis sich die Bevölkerung Irlands erneut zum Thema äußert. Glauben Sie, dass ein hauchdünnes „Ja“ während des Referendums am 2. Oktober ausreichen wird, um den polnischen Präsidenten dazu zu bewegen, seine Unterschrift unter den Vertrag zu setzen? Sind Sie der Auffassung, dass der tschechische Staatspräsident anschließend dem Beispiel seines polnischen Amtskollegen folgen würde?**

Präsident Kaczynski hat immer eine große Achtung für die Demokratie an den Tag gelegt. Seiner Ansicht nach sollten wir es der Bevölkerung Irlands erlauben, ihre eigene Entscheidung in einem Referendum zu treffen; deshalb hat er vorgeschlagen, das Ergebnis der Abstimmung abzuwarten. Ich habe mit ihm darüber gesprochen. Ich bin davon überzeugt, dass sowohl Präsident Kaczynski als auch Präsident Klaus den Vertrag ratifizieren werden, sobald das irische Volk mit Ja gestimmt hat.

**7. Sie sind die erste Persönlichkeit eines Landes des ehemaligen Kommunistischen Blocks, die das Amt des Präsidenten des Europäischen Parlaments bekleidet. Sehen Sie darin eine symbolische Dimension?**

In diesem Jahr begehen wir den 20. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer sowie des politischen und wirtschaftlichen Umbruchs in Mittel- und Osteuropa.

Vor zwanzig Jahren hätte ich nie geträumt, einmal in der Lage zu sein, für das Europäische Parlament zu kandidieren, ganz zu schweigen davon, einmal sein Präsident zu werden. Ich glaube, dass mit meiner Wahl eine Seite in einem dunklen Kapitel unserer gemeinsamen Geschichte umgeschlagen worden ist. Heute ist Europa nicht nur wiedervereint, sondern integriert, und wir können an gemeinsamen Lösungen arbeiten, ohne dass uns die Grenzen hindern, die uns einmal geteilt haben.

**8. 20 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer gilt bei den Ländern der EU weiterhin das Kriterium, welchem der ehemaligen Blöcke sie einmal angehört haben, und häufig wird das „neue“ dem „alten“ Europa gegenübergestellt. Ist diese Unterscheidung noch berechtigt? Oder wäre es stattdessen angemessener, die Gesamtheit der differenzierenden Elemente zu berücksichtigen, die sich überlagern und überschneiden und diese „in Vielfalt geeinte“ Union bereichern?**

Ich glaube, dass man in dieser Wahlperiode – vielleicht zum Teil aufgrund meiner Wahl – damit aufhören wird, die Begriffe „alt“ und „neu“ zu verwenden. Denken Sie bitte daran, dass uns 2007 zwei „neue“ Mitglieder beigetreten sind, und es gibt jetzt andere Länder, die Verhandlungen über ihren Beitritt führen. Für sie sind wir alle „alte“ Mitgliedstaaten.

Ich glaube, dass die Länder, die vor fünf Jahren beigetreten sind, beträchtliche Fortschritte erzielt haben, und meiner Ansicht nach werden die auf unsere Geschichte zurückzuführenden Unterschiede mit jedem Jahr, das vergeht, verblassen. Es genügt der Blick auf Spanien und Portugal heute, zwei Länder, die einmal „neu“ waren und deren Geschichte Berührungspunkte mit der Geschichte der Länder Mittel- und Osteuropas aufweist.